

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., einschließlich Porto. Die Postzeitung kostet 2,50 RM. pro Monat. Die Postzeitung kostet 2,50 RM. pro Monat. Die Postzeitung kostet 2,50 RM. pro Monat.

Einzelgenosse: die 8-spaltige Raumzelle 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Raumzelle im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisgebühr: 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen: 10 Rpf. pro Zeile. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch die Redaktion festgestellt ist. Anzeigen werden nicht ohne vorherige Einzahlung angenommen. Anzeigen werden nicht ohne vorherige Einzahlung angenommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 212 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amisblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 23. Sept. 1930

Am Beobachtungsstand.

Eigentlich hat die eine Woche, die seit dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses verstrichen ist, so gut wie gar keine Aufklärung, kaum eine Entwirrung, auch nicht einen nur einigermaßen sicheren Boden für das gebracht wie sich künftig die parlamentarische Lage etwa bei oder nach Zusammentritt des Reichstages eigentlich gestalten soll. Es fehlt zwar nicht an allerhand mehr oder weniger „maßgeblichen“ Äußerungen aus den verschiedenen politischen Parteienlagern, aber — bis zum 13. Oktober ist noch recht lange Zeit und namentlich der Reichskanzler selbst hat ja vorläufig größte Zurückhaltung den Parteien gegenüber gezeigt. Erst soll einmal ein „Dringlichkeitsprogramm“ vom Kabinett aufgestellt werden, ehe Dr. Brüning darangehen mag, dafür einen parlamentarischen Unterbau zu suchen und zu schaffen. Allerdings wird die Art dieses Unterbaues ganz wesentlich zurückwirken auch auf den endgültigen Charakter, vielleicht auch auf die Einzelheiten des Programms, das vom Kabinett dem Reichstag vorgelegt werden soll. Mit der Beratung dieses Programms beginnt jetzt die Regierung, da es ja hinsichtlich seines Zieles und in großen Umrissen schon seit Monaten ziemlich feststeht. Allerdings hat sich seitdem noch eines und dies leider als etwas durchaus nicht Unwesentliches ergeben: Die erhoffte Milderung der großen Wirtschaftskrise ist bisher nicht eingetreten, die Arbeitslosenfrage ist nicht gelöst und das wird erheblich die finanzielle Seite des Programms beeinflussen. Aber diesem steht ja schon seit längerer Zeit die lockende und verheißungsvolle, vor allem aber allseits ersehnte Überschrift: Sparaktion.

Wir sind allerdings recht misstrauisch geworden in Deutschland seit jenem 12. Dezember vorigen Jahres, als die Ankündigung einer solchen Sparaktion zum erstenmal erfolgte, aber schon gleich nach ein paar Wochen zu einer erheblichen — Steuererhöhung geführt hat. Das wiederholte sich noch ein paarmal und darum ist jenes Misstrauen nur allzu erklärlich. Allerdings ist diesmal die Lage insofern etwas anders, als die Finanznot des Reiches selbst heute nicht so unmittelbar dringend ist und dabei mit so rauber Faust die Hoffnungen auf Durchführung solcher Pläne nicht zu zerstören braucht, wie es bei allen früheren Zeitpunkten geschah. Die Sparaktion kann diesmal in Angriff genommen werden, ohne daß zunächst die — Steuererhöhung angezogen wird. Auch ein Zigarettenhandelsmonopol des Reiches, das angeblich beabsichtigt ist und durch Verhandlungen mit den führenden Männern dieses deutschen Wirtschaftszweiges vorbereitet werden soll, würde nicht auf eine steuerliche Mehrbelastung des Zigarettenkonsums hinauslaufen. Abgesehen ist dieser Plan keineswegs neuesten Datums: wenigstens hat man schon seit vielen Monaten behauptet, daß er für und fertig im Reichsfinanzministerium vorliege. Er außerdem seit damals zahlreiche Befürworter schon deswegen hat, weil sich die deutsche Zigarettenindustrie ziemlich schnell und zu etwa 85 Prozent zu einem „Privatmonopol“ entwickelte, an deren Gewinn nun in irgendeiner Form das Reich beteiligt werden soll. Einzelheiten sind hierüber vorläufig aber nicht bekannt; trotzdem wird das für und Wider einer solchen Maßnahme — denn auch gegen ein derartiges Reichsmonopol läßt sich eine Menge gewichtiger Gründe vorbringen — wohl sehr bald einen heftigen Kampf der Interessenten auslösen. Zu diesen Interessenten gehört aber vor allem — der Zigarettenraucher!

Das „Programm der Sachlichkeit“, wie der Reichsinnenminister Dr. Brüning in einer Rede die Absichten der Regierung bezeichnete und das er damals ankündigte, ist an sich schon umfangreich genug; denn allein etwa unter „Finanzreform“ oder gar unter „weitgehende Einschränkung der öffentlichen Ausgaben“, geschweige denn unter „Reform der Arbeitslosenversicherung“ verbergen sich Schwierigkeiten in schier unheimlicher Fülle. Dazu kommt aber noch etwas anderes. Man muß daran erinnern, daß alle finanz-, kredit- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung, ja sogar die Inkraftsetzung des gesamten Reichshaushalts durchweg auf Notverordnungen beruhen und daher auf Verlangen des neuen Reichstages, dem sie unverzüglich vorgelegt werden müssen, sofort außer Kraft zu setzen sind, wenn dort eine Mehrheit es beschließt. Geschicht das wirklich, dann schwächt sich nicht alles in der Luft, was in den vergangenen Monaten nicht etwa bloß vorbereitet, sondern schon in voller Aus- und Durchführung begriffen ist, so etwa die Hilfs- und großen Kreditaktionen zwecks Stützung der Wirtschaft usw. Obendrein ist auch noch ein kommunikativer Antrag angekündigt, der von der Reichsregierung eine sofortige Einstellung der Young-Plan-Zahlungen verlangt. Man hat auch schon, daß dieser Antrag im neuen Reichstag eine Mehrheit hätte, wenn dort alle Parteien genau so stimmen würden, wie sie es bei der Entscheidung über die Annahme des Young-Plans im vorigen Reichstag getan haben. Daß derartige von den schwerwiegendsten Folgen sein würde, liegt offen auf der Hand und — dies dürfte dabei auch nicht ohne Wirkung auf eine eventuelle Stim-

Stark verminderte Steuer-Einnahmen

337 Millionen weniger im August.

Berlin, 22. September. Im Monat August 1930 betragen die Reichseinnahmen bei den Besitz- und Verkehrssteuern 512,2 Millionen RM., bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 250,8 Millionen RM. Im ganzen 763 Millionen RM. In den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres 1930 stellten sich die Einnahmen bei den Besitz- und Verkehrssteuern auf 2755,5 Millionen RM. und bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben auf 1226,4, insgesamt also auf 3981,9 Millionen RM. Aus dem Verhältnis des Gesamtertrags von 3981,9 Millionen RM. in den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres 1930 zum Haushaltsoll (Veranschlagung für das Rechnungsjahr 1930 13 Milliarden RM.) lassen sich endgültige Schlüsse auf das voraussichtliche Gesamtertragsaufkommen noch nicht ziehen. Die neuen Steuern sind zum Teil nicht bei Beginn des Rechnungsjahres in Kraft getreten, und ihre Erträge haben daher die Haupteinnahmen in den verfloffenen Monaten erst teilweise oder noch gar nicht beeinflusst.

Soweit die amtliche Mitteilung. Sie meldet in dürren Ziffern ein erschreckendes Fiasco unseres Steuerreformvoranschlags. Danach müßten nämlich, um den Etat zu balancieren, bei einem Gesamtbedarf von über 13 Milliarden im Jahr monatlich ungefähr 1,1 Milliarde Mark an Steuern eingehen. Diese Summe ist in keinem Monat auch nur annähernd erreicht worden. Im Monat August ist sie, wie dieser amtliche Ausweis zeigt, um nicht weniger als 337 Millionen RM. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Trotz der neuen Steuern wird uns in diesem Etatsjahr ein Milliardenbesitz bevorstehen.

Die Zigarettensteuer bleibt.

Falsche Gerüchte.

Im Zusammenhang mit der Reichsfinanzreform tauchten Gerüchte auf, dem Dienstag zusammengetretenen Reichskabinett werde auch ein Referentenentwurf vorgelegt, in dem der schon früher behandelte Gedanke wieder aufgegriffen worden sei, dem Reiche durch verstärkte Beteiligung an den Erträgen der Tabakwirtschaft eine weitere Einnahmequelle zu erschließen. Es sollte ein Reichsmonopol auf Zigaretten eingeführt werden.

Von zuständiger Seite werden diese Mitteilungen als falsch bezeichnet. Man nimmt an, daß die Meldungen über eine Ausgestaltung des Zigarettenmonopols von dem am Monopol selbst interessierten Stellen verbreitet worden sind. Das Kabinett ist sich grundsätzlich dahin einig, daß trotz der starken finanziellen Anforderungen des bevorstehenden Winters die Steuererhöhung nicht mehr angezogen werden soll.

Die Aussage der Fachkreise.

Im Augenblick hält man in Fachkreisen die Monopolfrage für nicht wahrscheinlich. Sowohl vom Reichsfinanzministerium wie von den beiden größten deutschen Zigarettenkonzernen und auch vom Verband der Deutschen Zigarettenindustrie wird auf Anfrage erklärt, daß von irgendwelchen Verhandlungen über die Monopolfrage

abgesehen! Wie denn wohl überhaupt die Notwendigkeit, über all die so schwierigen und lebenswichtigen Dinge der Wirklichkeit nicht mehr nur reden, sondern entscheiden und dafür die Verantwortung tragen zu müssen, sehr bald seine Wirkung tun, die politischen Geister und Kräfte nüchtern trennen bzw. zusammenführen wird und diese Scheidung auch in absehbarer Zeit bewerkstelligen muß.

Deutsch-polnische Auseinandersetzung in Genf.

Der Schutz der Minderheiten.

Die Verhandlungen im Politischen Ausschuss des Völkerbundes in Genf in der Minderheitenfrage nahmen Montag eine scharfe Wendung. Der polnische Außenminister Jaleski wies darauf hin, daß in seiner Jugendzeit unter deutscher (preussischer) Herrschaft in der Schule sein Wort Polnisch gesprochen werden durfte. Er nehme dabei mit großer Genugtuung von der Wandlung Kenntnis, die sich seither in Deutschland vollzogen habe. Er sei einverstanden mit der Annahme der deutschen Resolution, falls Deutschland bereit wäre, für die Ausdehnung des Minderheitenschutzes in Europa und auch auf Deutschland einzutreten. Der deutsche Außenminister Curtius antwortete mit einer ausführlichen Darlegung des deutschen Standpunktes. Er lehnte das Gerücht von der allmählichen Anpassung der Minderheiten ab und erklärte, der Minderheitenschutz müsse auf die Dauer angewendet werden und nicht vorübergehend.

nicht das mindeste bekannt sei. Zwar sei die bei einigen Finanzleuten bestehende Absicht nicht ganz aufgegeben worden, neben den Zigaretten auch den Rauchtobak und die Zigarren stärker zugunsten des Reiches zu belasten, doch fehle dieser Absicht die Möglichkeit der Ausführung.

Noch keine Verhandlungen über die Herabsetzung der interalliierten Schulden

London, 22. September. Reuter-Telegramme aus Neuport melden, daß ein neuer Versuch zur Herabsetzung der alliierten Schuldentilgungen an Amerika bevorstehe. Man betrachte es als unvermeidlich, daß die außerordentlich großen Gewinne der Extremisten in Deutschland den Bestrebungen zur Erörterung der Schuldverhandlungen einen neuen Anstoß geben würden.

Hierzu wird von zuständiger englischer Stelle erklärt, daß diese Meldungen nicht zutreffen. England vertrete auch jetzt noch den Standpunkt, daß man warten müsse, bis Amerika die ersten Schritte in der Schuldenfrage ergreife. Dazu sei erst dann Aussicht vorhanden, wenn die Abrüstung in Frankreich und in anderen Ländern in Angriff genommen werde. Dabei habe Denberson die baldige Einberufung der Abrüstungskonferenz verlangt.

Die Ziele des Reichskanzlers.

Eine neue Erklärung Brünings.

Paris, 23. September.

Die Pariser Information veröffentlicht am Montag eine Erklärung des Reichskanzlers Brüning, die er dem Sonderberichterstatter des Blattes gegenüber gemacht hat. Die deutsche Außenpolitik werde nach den Grundsätzen seiner in Trier gehaltenen Rede fortgeführt werden. Die für beide Staaten notwendige Politik der deutsch-französischen Zusammenarbeit könne nur dann in vollem Maße fruchtbringend sein, wenn man sich auf beiden Seiten über die Schwierigkeit der Politik Redemacht ablege. Dagegen er grundsätzlich nicht zu innenpolitischen Fragen Stellung nehmen wolle, könne er doch erklären, daß sich seine Regierung vor allen Dingen bemühen werde, die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches zu festigen. Dieses Ziel hoffe er zu erreichen.

Schwarzer Tag an der New Yorker Börse.

Ueber 1 Milliarde Dollar Verluste.

London, 23. September

An der New Yorker Effektenbörse gingen am Montag über eine Milliarde Dollar durch wilde Käufe verloren. Die Kurse brachen in jeder Branche vollständig zusammen und Tausende von Aktien wurden als völlig wertlos abgestoßen.

Der Kurseinbruch ist, wie noch gemeldet wird, auf ein Manöver der Waisenspekulation zurückzuführen, das durch die allgemeine Verstimmung über die unverändert schlechte Wirtschaftslage noch unterstützt wurde. Ein politisches Moment spielt dabei nicht mit.

Den Rückblick auf die Vergangenheit durch Jaleski lehnte Dr. Curtius ab mit der Betonung, daß doch durch die Minderheitenschutzverträge ein neuer Geist in die Welt gekommen sei, der über alle Staaten verbreitet werden solle. Man komme nicht weiter, wenn man sich über die Vergangenheit gegenseitig Vorwürfe mache. Man müsse an die Gegenwart denken und dafür Sorge tragen, daß sich in dieser Gegenwart nicht zu viele Spannungen ansammeln.

Schließlich sprach noch der französische Außenminister längere Zeit, ohne daß er wesentlich neue Gesichtspunkte autage förderte.

Kampf um die Zölle.

Der französische Handelsminister Flandin hielt in der Wirtschaftskommission eine Rede. Er unterbreitete der Kommission den Entwurf einer an den Rat zu übermittelnden Resolution. Die Resolution verlangt die Ratifikation der handelspolitischen Konvention vom 24. März 1930. Sie empfiehlt für die Auslegung der bestehenden Handelsverträge die Schaffung einer ständigen Organisation, der die schiedsgerichtliche Beilegung von Streitfragen obliegen soll. Schließlich wird die Bitte an den Völkerbund gerichtet, der nächsten Wirtschaftskonferenz, die im November in Genf stattfinden wird, Vorschläge zu unterbreiten, die entsprechend den Ergebnissen der Warschauer Konferenz die Erweiterung des europäischen Marktes anstreben.

Der deutsche Delegierte von Rheinbaben führte aus, die deutsche Delegation stehe auf dem Standpunkt, daß die Reichsbegünstigung die einzige brauchbare Grundlage für einen entwickelten Warenverkehr zwischen den Völkern sei. Wenn bei den Parteien, die Zolltarifbindungen überhaupt abgeneigt wären, eine Änderung in der grundsätzlichen Auffassung eintritt, so sei die deutsche Delegation ebenso wie England und andere Delegationen zu solchen gegenseitigen Bindungen durchaus bereit.